



Eine neue europapolitische Perspektive für die Schweiz

Die SP Schweiz kämpft seit Jahren für eine solidarische Schweiz im europäischen Rahmen und zusammen mit der Europäischen Sozialdemokratie für eine soziale, ökologische und demokratische Agenda. Dieses Engagement ist heute wie gestern dasselbe, wie es SP-Co-Präsident Cédric Wermuth an der vergangenen SP-Delegiertenversammlung vom 8. Mai noch einmal festgehalten hat. Die Verhandlungen über ein Institutionelles Rahmenabkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU sind leider gescheitert, der Bundesrat hat die Verhandlungen abgebrochen. Es ist unverständlich, dass der von der SP aufgezeigte Lösungsweg – die Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) wird von der Schweiz weitgehend übernommen, im Gegenzug erhält die Schweiz Garantien für einen eigenständigen Lohnschutz – offenbar nicht ernsthaft versucht wurde.

Das Scheitern des InstA hat aber auch grundsätzliche Gründe. Die dynamische Rechtsübernahme – und damit die faktische Passivmitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Union – ohne eine politische Beteiligung festzuschreiben, grenzt an die Quadratur des Kreises. Die wiederaufgeflamte Debatte über die «Souveränität» zeugt vom Zwiespalt zwischen der real existierenden, tiefen Integration in das europäische Projekt und der seit Jahren ausgeblieben innenpolitischen Klärung. Es ist ein in Bundesbern verbreitetes Missverständnis, zu glauben, es gäbe im globalen Zeitalter echte Souveränität ohne supranationale Mitbestimmung.

1. Allerdings hätte es in den Verhandlungen mit der EU durchaus für beide Seiten gangbare Lösungen gegeben. Dass diese gescheitert sind, liegt an vielen Köchen. Erstens am fundamentalen Vertrauensbruch der zuständigen FDP-Aussenminister, als deren Verhandlungsführer:innen versuchten, die Lohnschutzmassnahmen und den Service public über die Hintertüre des InstA zu schwächen. Oder – in dubio pro reo – eine Schwächung zumindest in Kauf nahmen. Dies notabene in eklatanter Verletzung des Verhandlungsmandates des Gesamtbundesrats und des innenpolitischen Konsenses. Zweitens hat sich der Bundesrat auf Druck der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaftsverbände geweigert, die Position der Schweiz bei der UBRL zu flexibilisieren. Eine rein ideologische Position. Sich fundamental gegen die Gleichberechtigung aller europäischen Bürgerinnen und Bürger zu stellen, ist inhaltlich eine untragbare Position. Drittens zeigte sich die EU-Kommission insbesondere in Sachen Lohnschutz unflexibel. Die SP Schweiz bedauert diesen fehlenden Willen zu sinnvollen Kompromissen.

2. Das Scheitern des InstA markiert zweifellos eine Zäsur und wird die Schweizer Politik noch länger beschäftigen, als ihr lieb ist. Gleichzeitig warnt die SP Schweiz vor einer politischen Überinterpretation. Die Schweizer Bevölkerung hat sich seit 1992 immer wieder für die Zusammenarbeit mit der EU und den bilateralen Weg ausgesprochen. In den vergangenen 30 Jahren sind die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU immer tiefer und auch immer besser geworden. Dieses Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Europa wird breit getragen und gilt ungebrochen. Es wurde in jüngsten Volksabstimmungen noch einmal deutlich bestätigt. Innenpolitisch fusst die Schweizer Europapolitik auf zwei eng miteinander verzahnten Säulen: Aussen- und wirtschaftspolitische Öffnungsschritte sind unabdingbar mit dem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen und angemessenen Lohnschutzmassnahmen verbunden. Lohnschutz und Europa sind kein Widerspruch, sondern bedingen sich gegenseitig. Jeder erfolgreiche Integrationsschritt in Richtung Europa war mit sozialen Fortschritten im Inland verbunden. Die SP Schweiz ruft alle europapolitisch konstruktiven Kreise und insbesondere die Landesregierung dazu auf, für die Zukunft auf diesen Weg des Erfolgs zurück zu kehren.

3. Die SP Schweiz sieht auf beiden Seiten keinen Grund, am guten Willen und an der Einsicht für die Notwendigkeit zu engen und vertieften Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu zweifeln, selbst wenn das Scheitern des Rahmenvertrags zu einer zeitweisen Verstimmung führen sollte. Die SP Schweiz plädiert auch deshalb dafür, jetzt eine nüchterne Analyse vorzunehmen. Im Einklang mit dem Parteiprogramm und der Roadmap Europa von Dezember 2016 schlägt das Präsidium der SP Schweiz deshalb vor, auf den erfolgreichen Pfad zurück zu kehren. Das bedeutet eine Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges dort, wo es möglich ist. Für die SP Schweiz bleibt ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union die bevorzugte mittelfristige europapolitische Option. Es gibt keinen Grund für das politische Tabu. Erst Beitrittsverhandlungen könnten aufzeigen, welche Vor- und Nachteile sich mit diesem Schritt für die Schweiz ergeben würden.

Sowohl das Projekt der Europäischen Integration als auch der Bilateralismus waren und sind für die SP kein Selbstzweck. Beides muss der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen auf beiden Seiten der Landesgrenzen dienen. Damit meinen wir insbesondere die Sicherung und Erhöhung der Löhne, den Ausbau des Sozialstaates und der öffentlichen Dienste und die Verminderung der Ungleichheit. Zugleich gibt es für die SP in Europa kein Zurück zu unabhängig voneinander oder gar gegeneinander handelnden Nationalstaaten, sondern nur ein Vorwärts zu mehr, weit über den Binnenmarkt hinausreichender Integration. Daran wird die SP auch in Zukunft jede europapolitische Frage messen. In diesem Sinne fordert die SP Schweiz statt eines bilateralen Weges ohne Perspektive einen bilateralen Weg mit Perspektive. Die SP Schweiz fordert den Bundesrat auf, dazu konkrete Vorschläge vorzulegen. Die SP Schweiz ist bereit, daran mitzuarbeiten und alle konstruktiven Vorschläge zu unterstützen.

4. Einige Kreise in den Schweizer Wirtschaftseliten wollen das Scheitern des Institutionellen Abkommens als Startschuss für eine Singapurisierung der Schweiz missverstehen. Sie fordern – wie immer – eine radikale Deregulierung, verantwortungslose Steuersenkungen für das Grosskapital sowie eine Rückkehr zum Nationalstaat und weniger europäische Zusammenarbeit. Diesen markradikalen Phantastereien erteilt die SP Schweiz eine unmissverständliche Absage. Die SP Schweiz fordert den Bundesrat und alle vernünftigen Kräfte dazu auf, diese Situation für einen positiven Aufbruch unseres Landes zu nutzen. Die SP Schweiz hat in ihrem Papier «Wie unser Land solidarisch, feministisch und ökologisch aus der Krise hervorgehen kann – Ein Neustart für mehr Gemeinwohl als Antwort auf die Krise» bereits präsentiert, wie sie sich innenpolitisch einen Neustart vorstellt. Das Papier ist an der Delegiertenversammlung vom 8. Mai diskutiert und verabschiedet worden. Darüber hinaus fordert die SP Schweiz eine Beteiligung der Schweiz an den europäischen Zukunfts- und Transformationsprojekten, wie dem Green Deal oder dem NextGenerationEU Recovery Programm.

5. Die SP Schweiz ist Teil der Europäischen Bewegung für das Europa der Menschen. Wir wollen deshalb unsere Beziehungen zur Europäischen Sozialdemokratie, zur europäischen Zivilgesellschaft und zu allen progressiven Kräften Europas ausbauen. Vor allem wollen wir die Debatte zur Position der Schweiz in Europa positiv vorantreiben. Deshalb hat das Präsidium der SP Schweiz heute einen europapolitischen Ausschuss gebildet. Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:
 1. die Bestandesaufnahme und -analyse des Europäischen Projektes aus sozialdemokratischer Perspektive zu aktualisieren
 2. eine Aktualisierung der mittelfristigen europapolitischen Positionierung der SP Schweiz zuhanden der Parteigremien vorzubereiten.
 3. zu evaluieren, welchen Beitrag die SP Schweiz konkret zu einem sozialdemokratischeren Europa leisten kann

Der Ausschuss soll dem Parteipräsidium im Herbst 2021 ein verbindliches Vorgehen vorschlagen. Die Ergebnisse sollen 2022 den zuständigen Gremien und dem Parteitag vorgelegt werden können. Der Ausschuss tagt unter dem Vorsitz von SP-Vizepräsident Jon Pult.